

## Editorial

Der Redaktionsschluss des vorliegenden Heftes lag vier Wochen vor den Bundestagswahlen. Es war vorauszusehen, dass CDU/CSU und ihr Ableger AfD – deren Gründungspersonal bekanntlich vom rechten Rand der CDU stammt – die stärksten Parteien werden würden und sich damit der in Z 139 und Z 140 thematisierte Rechtstrend fortsetzen würde. Die vielbeschworene „Brandmauer“ hatte CDU-Kanzlerkandidat Merz schon im Januar eingerissen. Die Tendenz zu neoliberalen Rechtsregimen als Reaktion auf die aktuellen ökonomischen und geopolitischen Krisenkonstellationen – die Kombination von F. A. Hayek und Carl Schmitt – hat, das zeigen die Kommentare von *Frank Deppe* (»Trumps autoritärer Etatismus«), *Hae-Young Lee* (»Niederlage des ›liberalen Faschismus‹ in Südkorea?«) und *Joachim Becker* (»Scharfe Rechtswende in Wien«), internationalen Charakter. Im Schwerpunkt dieses Heftes geht es um diesen Trend in der Bundesrepublik: Die Autorinnen und Autoren verbinden eine Bilanz der Ampel mit der Frage nach den Kapitalstrategien zur Krisenbewältigung, wie sie von den großen Konzernen der dominierenden Exportwirtschaft zwecks Überwindung von Stagnation, Verlusten an Weltmarktpositionen und Renditeeinbruch verfolgt werden.

\*\*\*

In Fragen der Wirtschaftspolitik wurde der zurückliegende Wahlkampf als ›Richtungswahlkampf‹ geführt. Eigentumsparteien und Wirtschaftsverbände trommelten für eine ›Wirtschaftswende‹ zugunsten von Deregulierung und niedrigeren Unternehmenssteuern. *Jörg Goldberg*, *André Leisewitz* und *Jürgen Reusch* zeigen, dass dies mit einer wachsenden Rolle des Staates in der Wirtschaft vereinbar ist. Die dominierenden Kapitalverbände wünschen steuer- und sozialpolitische Entlastungen, fordern aber gleichzeitig verstärkte staatliche Interventionen zugunsten bedrohter Exportindustrien und der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit auf mit den neuen Technologien verbundenen Märkten. Die Schuldenbremse gilt dabei als Investitionshemmnis. Obwohl das politische Klima für sozialökologische Initiativen schlechter geworden ist, bieten sich auf dem Gebiet der Steuer- und Bildungspolitik sowie der Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen auch Ansatzpunkte für linke Strategien. *Christoph Butterwege* sieht die Bundesrepublik nach dem Zerfall der Ampel an einer »politischen Wegscheide«: er prognostiziert weiteren sozialpolitischen Rückschritt und Intensivierung des Klassenkampfes von oben; die Kluft zwischen Arm und Reich sei heute so tief wie nie in der Geschichte der BRD. *Andreas Fisahn* konstatiert – neben wenigen positiven Entwicklungen – innen- und rechtspolitisch eine Fortsetzung der Tendenz zu Intoleranz und Verschärfung staatlicher Repression.

Klimapolitisch kann der von der Ampel reklamierte Rückgang bei den Treibhausgasemissionen kaum als Erfolg gewertet werden, weil er im Wesentlichen auf Auslandsverlagerung von Stromerzeugung und energieintensiver Produktion zurückzuführen sei, so *Franz Garnreiter*. Der Ausbau der Anlandehäfen für

verflüssigtes Erdgas aus den USA stelle ein milliardenteures »Luxusvorhaben« der Ampel dar; der deutsche Gasbedarf ging zurück, Gas kann in ausreichendem Maße aus Westeuropa beschafft werden. Außen- und wirtschaftspolitisch haben die Ampel-Parteien, so die Analyse von *Peter Wahl*, Deutschland noch stärker als zuvor auf den von den USA vorgegebenen Kurs des Bellizismus gegen China ausgerichtet. Das ist nicht nur militärisch hochriskant, sondern schwächt auch die Position Deutschlands und der EU im globalen Konflikt. Von Merz sei eine weitere Anbiederung an Trump im Stil der Meloni und Orban zu erwarten. *Mareike Biesel* und *Janina Puder* verorten die Migrationspolitik der Ampel als Teil eines »Überbietungswettbewerb[es] migrationspolitischer Restriktionen«. Sie konstatieren einerseits einen verwertungsorientierten Kurs und andererseits eine Ungleichbehandlung in Asylverfahren, die sich durch geopolitische Interessen begründe. Die Krankenhausreform wirft, wie *Lena Reichardt* zeigt, mit der Schließung und Konzentration von Krankenhäusern neue Probleme im Gesundheitswesen auf. Der Pflegepersonalmangel solle offenkundig durch den Abbau von Arbeitsplätzen kuriert werden. *Thomas Ewald-Wehner* verweist darauf, dass die Vermögenssteuer in Deutschland keineswegs abgeschafft ist, sondern seit fast dreißig Jahren nicht erhoben wird. Dadurch seien dem öffentlichen Haushalt ca. 150 Mrd. Euro entgangen und den Reichen geschenkt worden. Hier sei eine »koordinierte und konzentrierte linke Gemeinschaftsaktion« angesagt.

Eine Online-Diskussion zu diesem Heft findet am Sonntag, 06.04., ab 20 Uhr auf dem Kanal von 99 zu eins statt; Vorankündigung / Zugang sh. unsere Social-Media-Auftritte und zeitschrift-marxistische-erneuerung.de sowie youtube.com/c/99ZUEINS

\*\*\*

»Staatsräson« und Antisemitismuskritik: *John Lütten* und *Felix Eckert* geben einen Überblick über repressive Maßnahmen, die nach dem 7. Oktober 2023 in der Bundesrepublik ergriffen wurden und mit der vermeintlichen Bekämpfung von Antisemitismus begründet werden. Sie richteten sich maßgeblich gegen die Palästina-Solidaritätsbewegung, Linke und auch jüdische Zusammenschlüsse, zielen letztlich aber auch auf eine umfassendere Disziplinierung von Zivilgesellschaft und öffentlichen Institutionen. Die Anfänge der bundesdeutschen »Staatsräson« der bedingungslosen Unterstützung der israelischen Regierungen untersucht *Ulrich Schneider*. Das sog. »Luxemburg-Abkommen« von 1952 war weniger ein Schuldeingeständnis der bundesdeutschen Eliten für das den Juden zugefügte Unrecht und die Massenmorde, sondern ein von den USA nahegelegter BRD-Beitrag in der Systemauseinandersetzung, in dem Israel als westlicher Vorposten unerlässlich schien. Dass dabei die BRD eine Absolution für die »Verstrickung« ihrer alt-neuen Eliten erhielt, war gewünschtes Nebenresultat. *Errol Babacan* und *Laura Höh* dekonstruieren die durchaus einflussreiche, vermeintlich gesellschafts- und ideologiekritische Konzeption der Antisemitismuskritik von *Stephan Grigat* und *Samuel Salzborn*, die auf eine Fetischisierung Israels und eine Abwertung der palästinensischen Position im Nahostkonflikt hinausläuft.

*Marx-Engels-Forschung:* Der zweite Teil von *Babak Aminis* Forschungsbericht zur Verbreitung des Marx'schen Kapital in Großbritannien und den USA behandelt die Zeit von 1919 bis zur Gegenwart. *Winfried Schwarz* und *Barbara Lietz* stellen in einem abschließenden Artikel zu der mehrjährigen Kontroverse über die Marx'sche Auffassung von Produktion und Austausch ab Z 125 ihre Position dar, in der die vorgebrachten Argumente sowie neue Einsichten und Erkenntnisse zusammengefasst sind.

\*\*\*

*Weitere Beiträge:* Die Klimakonferenz in Baku ist in erster Linie an der Weigerung der entwickelten kapitalistischen Länder gescheitert, den Ländern des globalen Südens ausreichend finanzielle Hilfe gegen die Folgen der primär von den alt-industrialisierten Staaten verursachten Klimakatastrophe zu leisten – ein Problem, das sich auch bei der Biodiversitätskonferenz von Cali gezeigt hat (*Wolfgang Pomrehn*). Die belgische Sozialwissenschaftlerin *Cécile Piret* berichtet im Gespräch mit *Mathieu Strale* über ihre empirische Forschung bei Arbeitern der Lütticher Stahlindustrie. Sie kritisiert Bourdieus Klassentheorie und diskutiert Elemente eines neuen Klassenbewusstseins. In Fortsetzung seiner Serie zur politischen Ökonomie der Digitalisierung behandelt *Peter Schadt* digitale Geldformen. Besondere Aufmerksamkeit widmet er den Kryptowährungen, denen er den Geldcharakter abspricht: Diesen fehle die staatliche Garantie, weshalb z.B. der vieldiskutierte Bitcoin keinen ›intrinsic‹ Wert besitzt. Heiner Flassbeck spielt als ›heterodoxer‹ Ökonom für die Linke eine wichtige Rolle. Mit seinem neuen Buch legt er eine Kritik der herrschenden Lehren und der daraus abgeleiteten Wirtschaftspolitik vor, denen er Realitätsferne vorwirft. Gleichzeitig entwickelt er einen ökonomischen Gegenentwurf, der allerdings nach Meinung von *Jörg Goldberg* ebenfalls realitätsfern ist, weil er den Staat als einen über den Interessengegensätzen stehenden neutralen Akteur begreift.

\*\*\*

*Aus der Redaktion:* Der Tod unseres langjährigen Beiratsmitglieds und Autors Dieter Boris ist ein unersetzbarer Verlust für die Redaktion. *Joachim Becker*, Mitglied des Z-Beirats, gibt in seinem Nachruf unserer Bestürzung Ausdruck (S. 5 dieses Heftes). Am 7. März findet in Frankfurt eine Gedenkveranstaltung für Dieter Boris statt: »Lateinamerika und der globale Süden – Dieter Boris (1943-2024) zu Ehren«. Zugleich möchten wir mitteilen, dass *Michael Schwan*, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Groningen, in den Z-Beirat eingetreten ist.

Neu eingestellt auf unserer Homepage wurden sämtliche Beiträge der Z-Hefte von 2019 bis 2023. Damit sind – technisch bedingt in unterschiedlicher Form – alle Z-Hefte von 1990 bis 2023 dort verfügbar. Z 142 wird u.a. die Krise in der Automobilindustrie näher ausleuchten.